

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Wegzugspreis:
Ausgabe A mit 2 Beilagen vierteljährlich 9,10 A. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 9,25 A; in Oesterreich 4,48 K.
Ausgabe B nur mit Feierabend vierteljährlich 1,90 A. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2,05 A; in Oesterreich 4,07 K. — Einzelnummer 10 J.
Wochentags erscheint die Zeitung regelmäßig in den ersten Nachmittagsstunden; die Samstagsnummer erscheint später.

Einzelnummern:
Kassabonnen von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr.
Preis für die Pestsphalgie 20 J. im Reflektier 60 J. Für unendlich geliebte, sowie durch Fernsprecher ausgegebene Einzelnummern sind die Bezahlungsbedingungen für die Wichtigkeit des Textes nicht abnehmbar.
Redaktions-Sprechstunden: 10 bis 11 Uhr vormittags.
Für Beiträge eingehender Schriftstücke macht das Redaktion nicht verbindlich; Rücksendung erfolgt, wenn Rückporto beigefügt ist. Briefkasten Nr. 1800.

Mr. 268 Geschäftsstelle und Redaktion Dresden-H. 16, Holbeinstraße 46 Donnerstag den 20. November 1913 Fernsprecher 21366 12. Jahrg

Große Centrumsversammlung in Dresden

Dresden, den 20. November 1913.
In jedem Jahre hält der Zentrumswahlverein eine große Versammlung ab, in der hervorragende Männer das Wort ergreifen, um über die politischen Lagefragen einen aufläuternden Vortrag zu halten. Diese Versammlungen erfreuen sich stets eines guten Besuchs. Auch in diesem Jahre war es gelungen, einen tüchtigen Abgeordneten zu gewinnen.

Der große Saal des Tivoli war dicht besetzt am Dienstagabend und auf der Galerie hatten die Damen in sehr großer Anzahl Platz genommen. Der Zentrumsgebäude in Dresden lebt, das bewies die Versammlung von Anfang bis zu Ende, er lebt zu unserer Freude in allen Ständen und allen Jahresklassen. Mit besonderer Freude konnte der Vorsitzende des Zentrumswahlvereins,

Herr Kaufmann Hainisch,

die Versammlung eröffnen und für den stattlichen Besuch danken. Einen herzlichen Gruß entbot er dem Redner des Abends, Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Pfeiffer, der eine Verlesung in einer anderen Stadt abgelesen hat, um bei uns reden zu können. Es sei nicht leicht gewesen, diesmal einen Redner zu bekommen. Viele Abgeordnete seien bei den badischen Landtagswahlen hervorragend mit tätig gewesen, manche hatten bei den Stadtverordnetenwahlen in Ostpreußen zu tun, weshalb es uns doppelt freue, daß wir gerade diesen Redner bekommen haben, um uns zu begeistern, wofür ihm der herzlichste Dank ausgesprochen sei. Ein freundliches Wort der Begrüßung sei auch den Vertretern der Presse gewidmet, wobei an die Nichtzentripresse die Bitte gerichtet wird, über die Sache so zu berichten, wie wir sie aufzufassen haben wollen. Redner erinnert noch kurz an die Jubiläumfeier nationaler Natur und schließt mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf den deutschen Kaiser und den König von Sachsen. Hierauf ergreift mit lebhaftem Beifall begrüßt

Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Pfeiffer-München

das Wort zu seinem Vortrag über die Notwendigkeit des Zentrums. Er führte dabei ungefähr aus:
Für die freundliche Begrüßung danke ich Ihnen von Herzen. Als ich mich heute morgen in München zur Bahn begab, da webten noch die grün-weißen Fahnen. Als erster Bundesfürst ist Ihr König gekommen, dem neuen bayerischen König seinen Besuch abzuflattern. Er hat in allen Teilen der Bevölkerung einen lebhaften Widerhall gefunden, als er betonte, daß Bayerns Leid und Freud auch Sachsens Leid und Freud sei. Darüber herrscht große Freude. Die beiden Königreiche wollen Leid und Freud teilen auch im großen Betriebe des politischen Lebens. Denn im Hinblick auf die Thronrede habe ich die Gewißheit, daß jenes Wort politisch zu verstehen gewesen ist.
Wenn ich mich anschide, vor Ihnen davon zu sprechen, was notwendig ist für uns, warum wir ein großes und starkes Zentrum brauchen, so will ich von den jüngsten Ereignissen ausgehen.

Die Wahlen in Baden

brachten der Zentrumspartei einen Erfolg, wie wir ihn in unsern kühnsten Träumen nicht zu erwarten wagten. Wir waren erstaunt; am meisten, als das kaum Denkbare geschah, daß unser feines Sit verloren hat. Wenn wir uns fragen, was diesen Erfolg gebracht hat, so läßt es sich beantworten mit dem Satz: Lügen haben kurze Beine. Die Wahrheit muß doch einmal an den Tag kommen.
Evidenter hat man das noch nicht gesehen, als in Baden. Die zahllosen Lügen des Großblocks, mit denen er 1909 seine Erfolge erzielte, sind jetzt klargestellt. Der Unfug, der von dort mit der Reichsfinanzreform getrieben wurde, fand jetzt seine Strafe. Wassermann hatte noch im Juni die Erklärung abgegeben, daß seine Partei die indirekten Steuern im Betrage von 400 Millionen Mark bewilligen wollte. Das Zentrum hat mit den Konservativen zusammen 310 Millionen bewilligt. Die Gehe darob war maßlos. Die Tagl. Rundschau schrieb damals: Das Unternehmertum hat einen Profit von 90 Millionen in die Tasche gesteckt. Aber sogar die „Rein-Weiß. Ztg.“ hat an Dr. Weber die Frage gerichtet: „Wenn Dr. Weber so sehr schimpft über die Steuern des Zentrums, glaubt er denn dann wirklich, daß das deutsche Volk die 400 Millionen der Liberalen leichter getragen hätte?“ Das war eine Stimme der Vernunft. Auf diese Steuern hat die erste Probe das Zentrum in Baden ausgehalten. Zu den Steuern hat auch der Bundesrat seine Zustimmung gegeben. Aber in der Gehe hat der Bundesrat geschiengien.
Wir haben 1909 gewußt, daß wir Verluste in Baden bei den Wahlen erleiden würden. Verluste an Vertrauen, an

Wahlkreisen. Mancher Mann würde irre werden an der Politik des Zentrums. Aber die *salus publica* ist uns die oberste Richtlinie gewesen. Bei den badischen Wahlen im Jahre 1909 hat man mit der Brandtweinliebesgabe eine unerhörte Gehe inszeniert. (Redner gibt eine Erklärung dieser Liebesgabe.) Wir haben damals darauf hingewiesen und bewiesen aus Statistiken von Kleinbrennereien, daß diese Gehe unberechtigt war. Damit hat der Großblock in Baden 1909 seine Wahlen gemacht. Aber es kommt oft anders, als man denkt. Für die Aufhebung der Liebesgabe haben gestimmt Zentrum und Konservative. Und die Fortschrittliche Volkspartei, die gegen die Liebesgabe im Reichstage gestimmt hat, hat in Baden in der Kammer die Resolution eingebracht, für dieselbe der Herr Finanzminister mußte erklären: „Erfreulicherweise sind Anträge eingelaufen, durch welche die Interessen der kleinen Brenner gewahrt sind.“ Das genügte für unsere Wahlen. Das Volk hat erkannt, daß 1909 viel Geschrei vorhanden war und wenig Wolle. Die Leute haben am eigenen Leibe erfahren, daß wir es gut mit ihnen gemeint haben. Etwas anderes kam noch dazu:

die Großblockpolitik.

Es ist unzweifelhaft, die die Abgeordneten Brand und Noll die intelligenten Elemente im Block sind. Aber es hat wie eine Bombe gewirkt bei allen Leuten, die noch ein kleines Gefühl für nationale Gedanken haben, daß ein Abgeordneter, der erklärt, der Großherzog müsse sich bald nach einem rentableren Berufe umsehen, nicht wählbar sei. Der Erfinder der Großblockidee ist der Abg. Raumann, der meinte, ein Block von Wassermann bis Bebel mußte gebildet werden. Das veranlaßte ein erhebliches Schütteln des Kopfes auf der ganzen Linie. Und dann erfolgte der Zusammenschluß doch, wobei die Sozialdemokratie in Baden den besten Schnitt gemacht hat. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es etwas wesentlich anderes ist, ob man in Rücksicht auf einen augenblicklichen Gewinn ein Abkommen trifft mit einer Partei, deren Wege sonst andere sind, oder ob ein solches für immer geschlossen ist.
Als wir in Bayern mit der Sozialdemokratie im Jahre 1905/06 das Wahlrecht durchgeführt haben, da war das nur ein taktisches Zusammengehen, aber keine Interessengemeinschaft. Eher kommt Wasser und Feuer zusammen, ehe sich Zentrum und Sozialdemokratie in der gleichen Linie bewegen. Wenn auch Brücken der Verständigung genug geschlossen werden können, in solchen Fragen ist es ganz ausgeschlossen.

Wir sehen heute, daß verschiedene Parteien gefährliche Bahnen gehen mit dem
Ablau der Parteigrundsätze.
Der Liberalismus gibt immer mehr Leute ab an die Sozialdemokratie. Das ist nicht nur auf das Steigen der roten Flut zurückzuführen, sondern auch vor allem auf das Schwimmen nationaler Grundsätze bei gewissen Parteien. Früher soll an der Mißwirtschaft im Reich niemand schuld gewesen sein als die Zentrumspartei. Was haben nun die vielen Mandate der Sozialdemokratie gebracht? Was man brauchen bei der Agitation sagt, das kann man nicht immer durchführen im Reichstage. Wenn man Versprechungen realisieren soll, dann stellen sich Hindernisse ein. Viele, viele innerhalb der Reihen der Sozialdemokratie sind sicher unzufrieden mit der Tatsache, daß die größte

Militärvorlage,

die je in Deutschland auftaucht, nur gemacht werden konnte, weil die Sozialdemokratie sich mit Wehrheit bereit erklärt hat, die Mittel zur Verfügung zu stellen.
Wir waren doch etwas früher aufgestanden, als die Herren Gegner. Wir können uns immer auf die Treue behaltener Grundsätze verlassen. Wir sind bereit mitzuhelfen, aber wir machen unsere Zustimmung abhängig von der vorher zu lösenden Deckungsfrage.
Die Sozialdemokratie mag sagen, sie wolle die starken Schultern belasten. Das Grundsätzliche ist, daß die Sozialdemokratie zum ersten Male Steuern bewilligt hat, daß sie zugibt, daß die Mittel zum Staatshaushalt fließen müssen aus den Taschen des Bürgers. Sie hat wohl einige der besten Gegner vorgeschickt, die betonten, daß bei der ungeheuren Verschärfung der ganzen politischen Konstellation Deutschland in die größte Gefahr kommen müsse, wenn die Steuern bewilligt würden. Es ist im internationalen Betriebe so, daß ein Teil den anderen treibt. Wir müssen gewärtig sein, daß eines Tages eine Katastrophe hereinbricht. Das Land muß stark sein, weil auch ein bewaffneter Friede, wie ihn Oesterreich heute hat, mehr Verluste bringen kann, als ein Krieg. Diese Verluste müssen mit Milliarden beziffert werden, höher, als ein Krieg erfordert hätte.

Unsere Wehrmacht muß sich auf dem größtmöglichen Stande halten. Wahrscheinlich ist es mit den letzten Forderungen noch nicht abgeschlossen. Unsere Artillerie ist noch nicht auf der Höhe, auf der sie in einem Kriegsfalle notwendigerweise stehen müßte. Was würde aber geschehen, wenn heute noch unglücklichem Ausgange eines Krieges die Witwen, die Mütter, die Waisen sagten: „Die Katastrophe hätte sich vermeiden lassen, wenn die Gewehre besser gewesen wären, wenn unsere Truppen auf der Höhe gewesen wären.“ Das Parlament, die Regierung, die solches verschuldet hätte, würde nach der Katastrophe hinausgefegt.

Während 1909 eine ungeheure Aufregung wegen der Finanzreform sich erhoben hatte, hört man heute nichts von solch aufgeregten Artikeln wie damals. Ueber allen Wipfeln ist Ruh. Das kommt daher, daß im Lande draußen die Presse zumeist in den Händen des nichtschwarzklaunen Blockes ist. In deren Interessensphäre lag es damals, die Aufregung zu schüren. Heute ist es anders, heute geht die Presse zusammen.

Die Sozialdemokratie kann nicht die Geschäfte machen, die sie erhofft hat. Die Art der Lösung, wie sie das Jahr 1913 gebracht hat, entspricht dem Problem, das wir 1909 vertreten haben. Die Regulierung ist keine leichte. Die direkten Steuern müssen den einzelnen Staaten, die indirekten dem Reiche zufallen. Schwierigkeiten hat nun die Vermögenszuwachssteuer. Besonders schwierig war diese Angelegenheit, weil die Frage der Erbschaftsteuer dort mit hineinkommt. Die Erbschaftsteuer, die 1909 abgelehnt wurde, wurde nun hineingebracht. Ein großer Teil der Zentrumspartei, darunter ich, hat gegen diese Steuer gestimmt. Diejenigen aber, die nicht genug schreien konnten nach der Erbschaftsteuer, die können nun nicht genug lärmen, da sie bewilligt ist. Aber mit so geringen Sähen wie jetzt hätten wir sie nie mehr bekommen, sie wäre später sicher erhöht worden. Man kann im allgemeinen das sagen, daß die Steuerlast auf die Schultern derjenigen gelegt ist, die sie tragen können. Das meiste verlangen heute die Gemeinden, und zwar diejenigen, wo die Sozialdemokraten die Herrschaft haben. Denn die modernen Einrichtungen auf allen Gebieten kosten Geld. Und der Mittelstand muß dies bezahlen. Dieser Stand wird es bald satt haben, immer wieder bluten zu müssen. Mit lauter Leuten, die nichts besitzen, kann kein Staat gelenkt werden. Der Betrieb des Deutschen Reiches kostet ungeheuer viel Geld. Aber das kommt daher, daß das Volk und seine Ansprüche kolossal angewachsen sind. Jedermann sollte es klar sein, daß seit 40 Jahren die Verhältnisse ganz anders geworden sind. Die Hauptsache ist, daß die Verhältnisse den Bedürfnissen der Stunde angepaßt werden müssen. 65 Millionen stehen in ganz anderem Konkurrenzkampf nebeneinander als 40 Millionen. Dazu kommt die Vervollkommnung der Technik, die Tausende von Händen überflüssig macht. Dazu kommt die Abströmung vom flachen Lande. Und aus der Stadt wird so leicht keiner aufs Land zurückkehren. Daher rühren die Schwierigkeiten, die dem Bauern erwachsen, der ohne sie schon unter den Schlägen schlechter Witterung zu leiden hat.

Es ist dann genug, wenn man sagt: Es muß eine Lösung gefunden werden, dadurch, daß man eine Umwälzung mit einem Schlage herbeiführt. Da steht auf der einen Seite das Mandaterium, das sagt: „Wir haben es nicht nötig, haben Geld genug; uns ist es gleichgültig, wie es geht.“ Auf der andern Seite stehen diejenigen, die auf religiösem Gebiete den Atheismus, auf sozialem den Kommunismus verlangen. Und denen stehen gegenüber diejenigen, die den Positivismus der religiösen Ueberzeugung fordern.

In der religiösen Ueberzeugung der Zentrumspartei liegt der Angelpunkt für all das, was im Staatsleben nötig ist.
Mit den schönsten wirtschaftlichen Programmen wird nichts erreicht werden können, wenn sie der religiösen Grundlage entbehren. Die Gedanken von der Gleichheit aller Stände sind ganz schön, aber praktisch nicht durchzuführen. Und dadurch, daß man die Leute an allem, was im Staatsleben vor sich geht, zweifeln läßt, führt man sie nicht zu positiver Arbeit. Das kann keine völkerverbindende Tätigkeit sein. Der Arbeiter muß seinen Lohn haben. Gewiß. Aber wir haben gewußt, daß das Handwerk seinen goldenen Boden nur haben kann, wenn es auf dem positiven Boden des Christentums steht. Das war das Ziel des Mainzer Bischofs Ketteler. Das sind die Gedanken, aus denen heraus wir immer wieder fordern müssen, daß eine starke Zentrumspartei bestehe, damit die goldene Witte herbeigeführt werde.
Ueber die Reden, die geführt wurden und noch geführt werden vom Nichtvorhandensein des